



INSA-NEWS

Ausgabe 158, 23. KW, 08. Juni 2018

Liebe Leserin, Lieber Leser,

wer an die wichtigen Themen unserer Zeit denkt, spricht über Zuwanderung, Eurokrise, Digitalisierung und Kriminalität. Oft nur auf den zweiten Blick, stößt man auf die Sozialpolitik. Dabei werden soziale Themen immer wichtiger. Die Kritik an sozialer Ungerechtigkeit und die Angst vor Altersarmut beschäftigen immer mehr Menschen. Deshalb ist es auch nicht überraschend, dass sich inzwischen die Mehrheit der Deutschen für das bedingungslose Grundeinkommen ausspricht. Und auch das Ergebnis einer aktuellen Umfrage unseres Instituts, nach dem 39 Prozent der Befragten in diesem Jahr keinen Sommerurlaub machen, weil sie sich finanziell nicht leisten können, unterstreicht die Brisanz des Themas. Trotz Beschäftigungsboom und Wirtschaftswachstum gibt es soziale Probleme in unserem Land .

Ich wünsche Ihnen ein schönes Wochenende!

Ihr

Hermann Binkert

Zitat der Woche:

„Geld ist Verantwortung.“

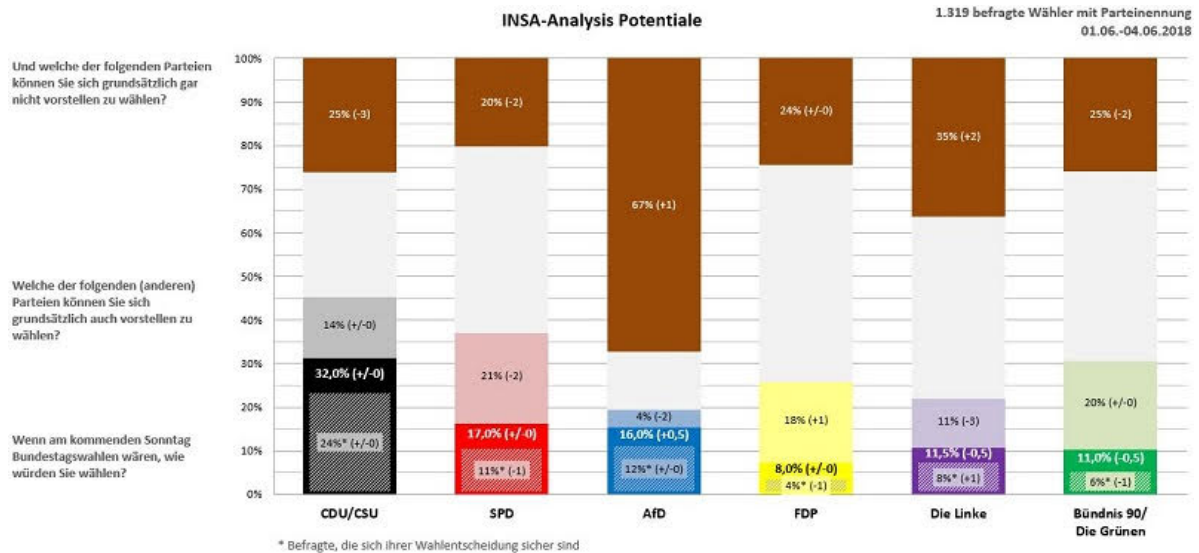
Walter Hasenclever (1890 - 1940, deutscher expressionistischer Lyriker und Dramatiker)

Blicken Sie hinter die Sonntagsfrage mit der ...

[INSA-Potentialanalyse vom 04.06.2018](#)

Die Union ist derzeit die stimmenstärkste Partei - sie kommt bei der Sonntagsfrage auf 32 Prozent und erreicht 24 Prozent sichere Stimmen. 25 Prozent der Befragten schließen die Union als Wahloption für sich aus. 14 Prozent der Wähler mit Parteienennung können sich hingegen auch vorstellen, die Union zu wählen. Die SPD kommt auf 17 Prozent der Stimmen bei elf Prozent sicheren Stimmen. Die Sozialdemokraten haben mit 21 Prozent den größten Anteil an potentiellen Stimmen und weisen beim Negativpotential den geringsten Wert auf (20%). Die AfD kommt aktuell auf 16 Prozent (12% sichere Stimmen). Vier Prozent können sich grundsätzlich vorstellen, die AfD zu wählen und zwei von drei Befragten schließen dies aus (67%). Die FDP kommt derzeit auf acht Prozent der Stimmen mit vier Prozent sicheren Stimmen und 18 Prozent potentiellen Wählern. Knapp jeder vierte Wähler mit

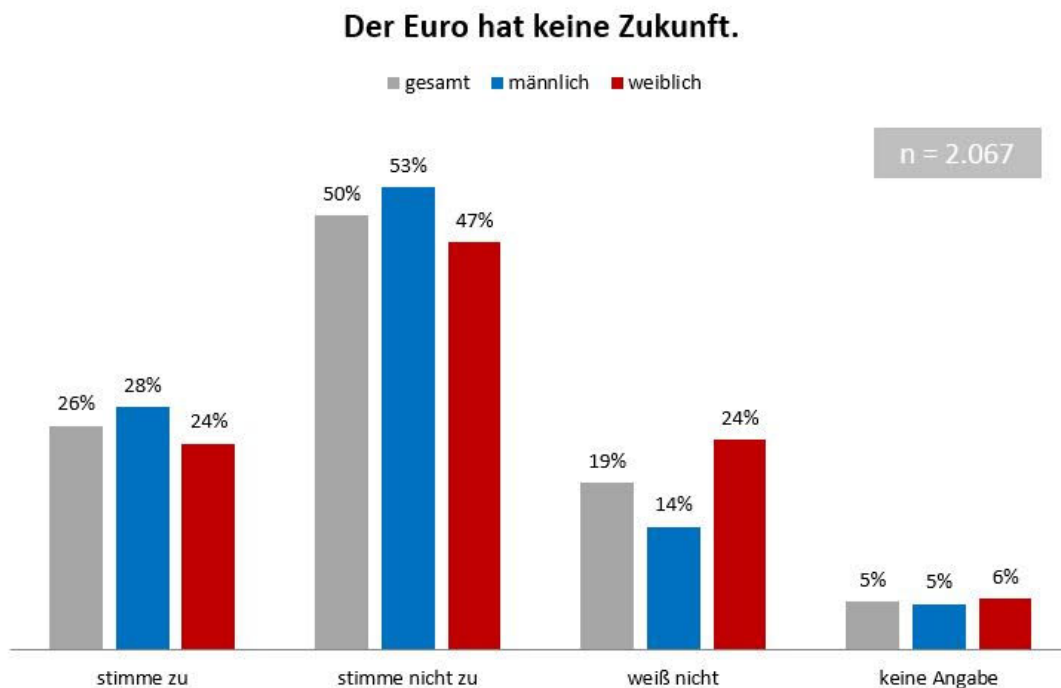
Parteinennung kann sich grundsätzlich gar nicht vorstellen, die FDP zu wählen (24%). Die Linkspartei erreicht 11,5Prozent und liegt somit knapp vor den Grünen. Ihr Anteil an sicheren Stimmen liegt bei acht Prozent und elf Prozent können sich grundsätzlich auch vorstellen, sie zu wählen. 35Prozent der Wähler mit Parteinennung können sich dies grundsätzlich nicht vorstellen. Die Grünen kommen aktuell auf elf Prozent der Stimmen (6% sichere Stimmen). Das Bündnis 90 hat den zweitgrößten Anteil an potentiellen Stimmen (20%). Jeder vierte Wähler mit Parteinennung kann hingegen sich nicht vorstellen, die Grünen zu wählen.



ERGEBNISSE AKTUELLER UMFRAGEN

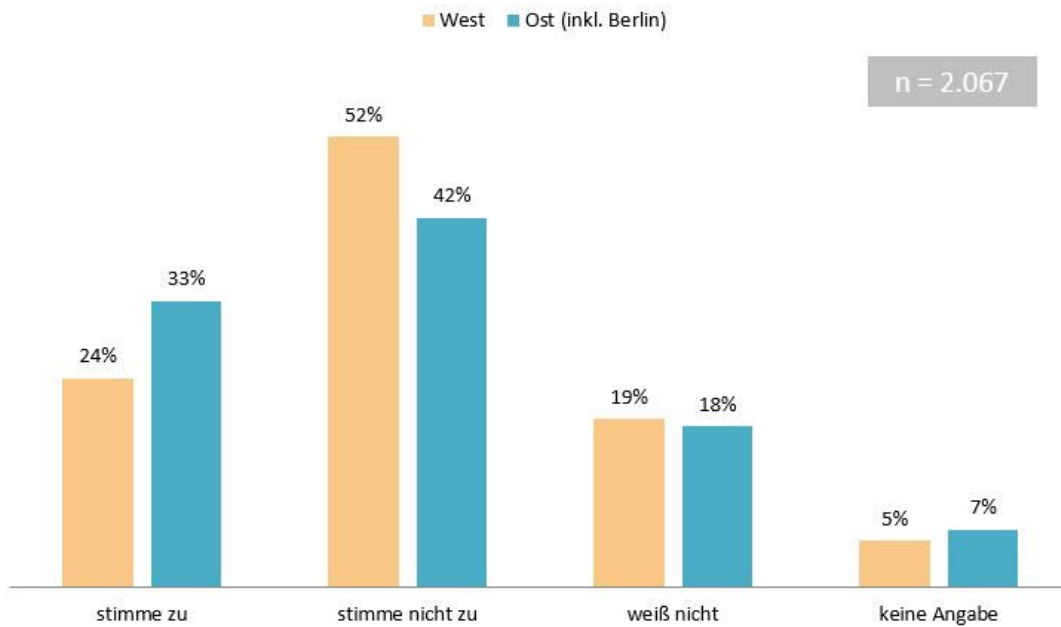
Hat der Euro nach Meinung der Befragten eine Zukunft?

Gut ein Viertel der Befragten stimmt zu, dass der Euro keine Zukunft hat (26%). Jeder Zweite hingegen stimmt der Aussage nicht zu (50%). Hierbei ist der Anteil unter den männlichen Befragten (53%) um sechs Prozentpunkte höher als unter den weiblichen (47%). 19Prozent der Männer sowie 30Prozent der Frauen (je kumuliert) wissen keine Antwort oder machen keine Angabe .



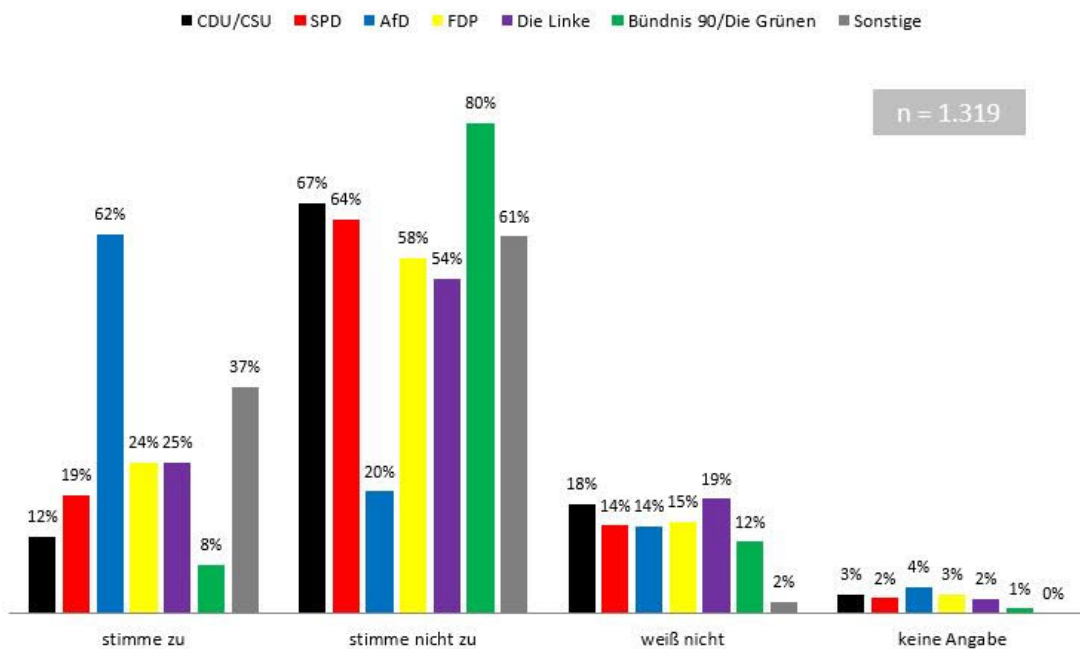
Während in Westdeutschland 24Prozent der Befragten zustimmen, dass der Euro keine Zukunft hat, sind dies in den neuen Bundesländern mit 33Prozent deutlich mehr. 52Prozent der Westdeutschen und 42Prozent der Ostdeutschen stimmen der Aussage nicht zu.

Der Euro hat keine Zukunft.



Mit Abstand am häufigsten stimmen die Wähler der AfD der Aussage zu, der Euro habe keine Zukunft (62%). Bei den Anhängern der Linkspartei (25%) und der FDP (24%) ist es circa jeder Vierte. Es folgen die Wähler der SPD (19%), der Union (12%) und der Grünen (8%). Dementsprechend stimmen vier Fünftel der Grünen-Wähler der Aussage nicht zu (80%). Bei den AfD-Anhängern sind dies nur 20 Prozent.

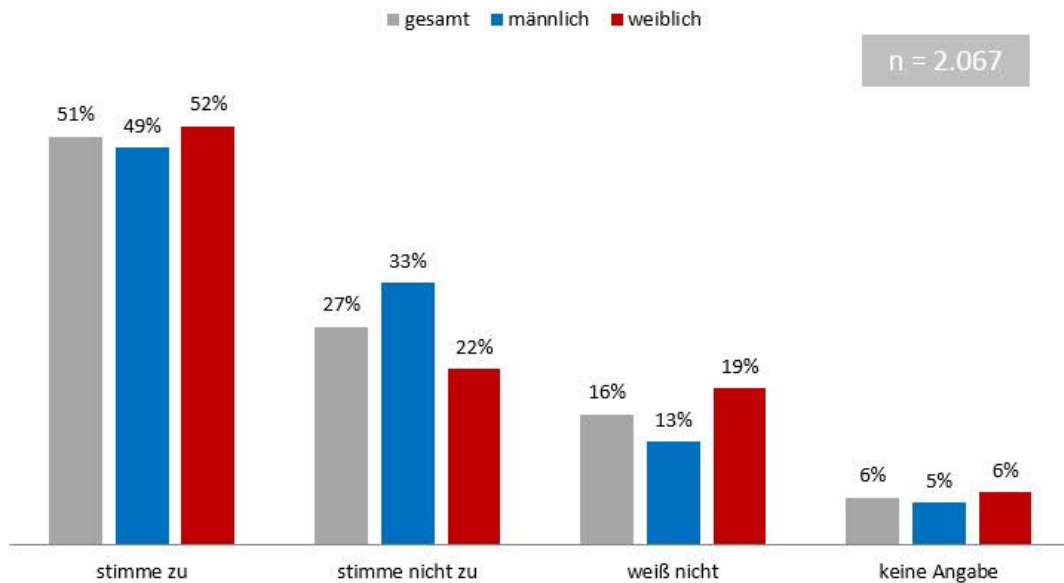
Der Euro hat keine Zukunft.



Befürworten die Befragten die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens in Deutschland?

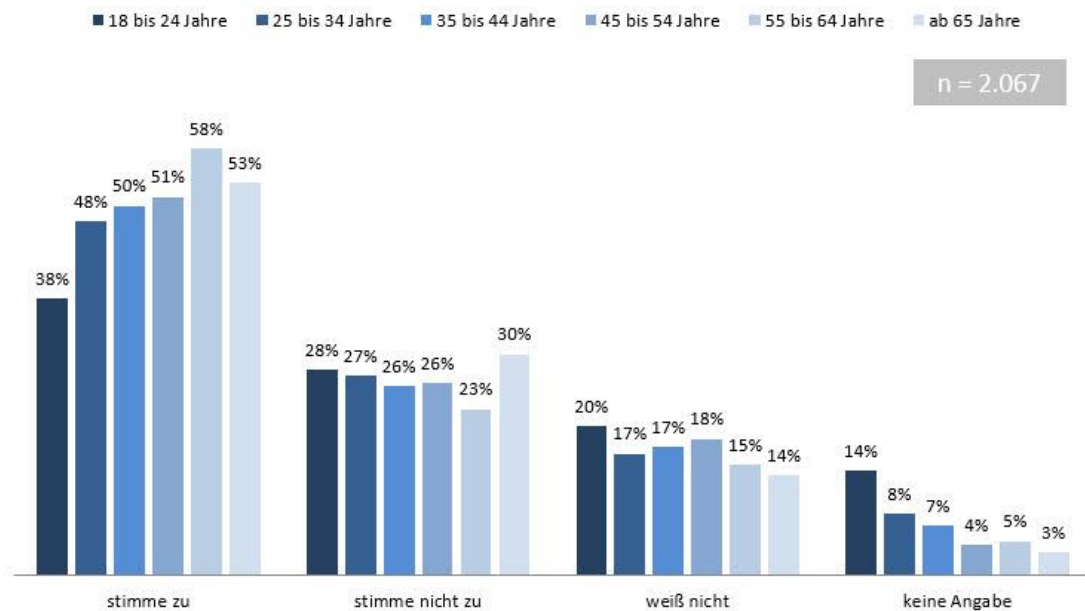
Jeder zweite Befragte spricht sich in unserer Umfrage für die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens in Deutschland aus (51%). 27 Prozent stimmen der Aussage hingegen nicht zu. Dies trifft auf 33 Prozent der Männer und 22 Prozent der Frauen zu .

Ich bin für die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens in Deutschland.



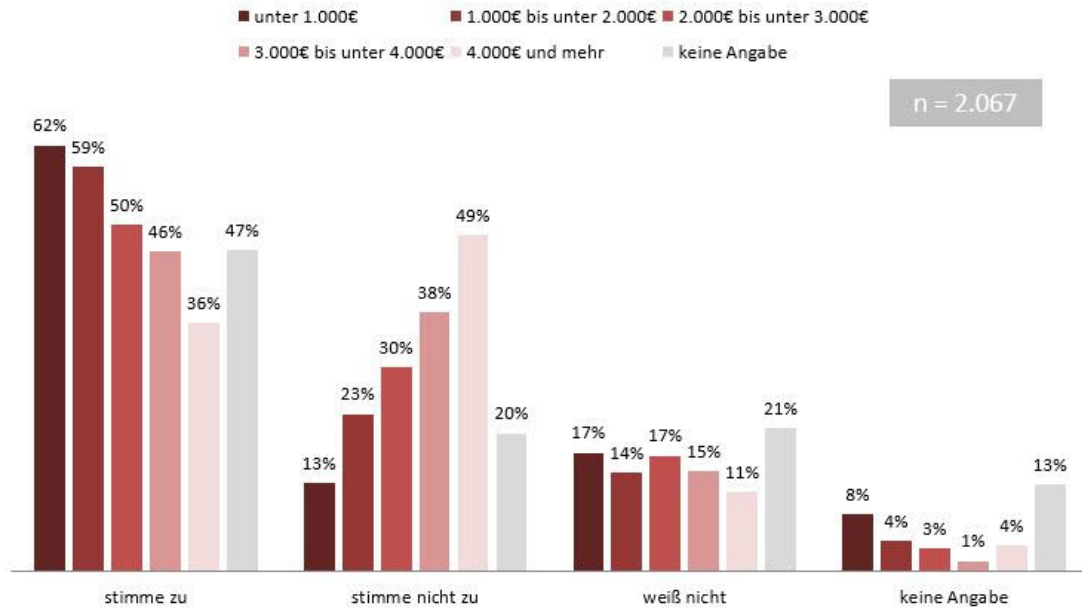
38 Prozent der befragten 18- bis 24-Jährigen sind für die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens. Mit zunehmendem Alter steigt dieser Anteil kontinuierlich bis auf 58 Prozent bei den 55- bis 64-Jährigen. Bei den ab 65-Jährigen liegt der Wert etwas niedriger (53%).

Ich bin für die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens in Deutschland.



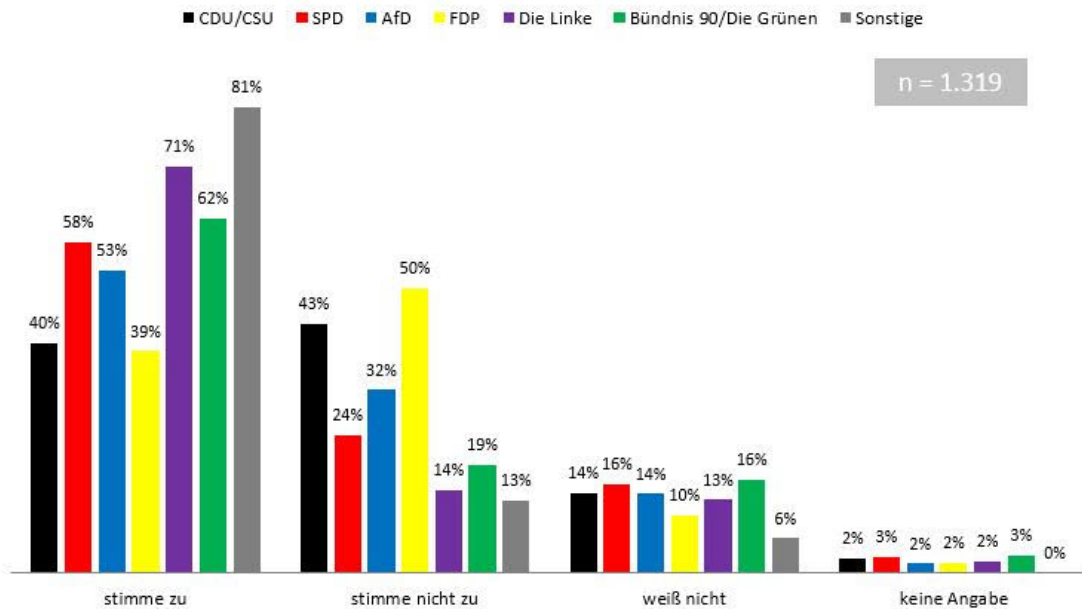
Es besteht eine eindeutige Beziehung zwischen dem Haushaltsnettoeinkommen der Befragten und dem Anteil derer, die sich für die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens aussprechen. 62 Prozent der Befragten mit einem Haushaltsnettoeinkommen von unter 1.000 Euro sind für ein bedingungsloses Grundeinkommen. Mit zunehmendem Einkommen sinkt dieser Wert bis auf 36 Prozent bei den Befragten mit einem Einkommen von 4.000 Euro und mehr. Umgekehrt ist festzustellen, dass Befragte mit höherem Einkommen der Aussage tendenziell häufiger nicht zustimmen.

Ich bin für die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens in Deutschland.



71 Prozent der Wähler der Linkspartei sind für die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens. Es folgen die Anhänger der Grünen (62%), der SPD (58%) und der AfD (53%). Niedriger sind die Zustimmungswerte bei den Wählern der Union (40%) und der FDP (39%). Die Wähler dieser beiden Parteien sind die einzigen Gruppen, in denen die Ablehnung des Grundeinkommens die Zustimmung überwiegt.

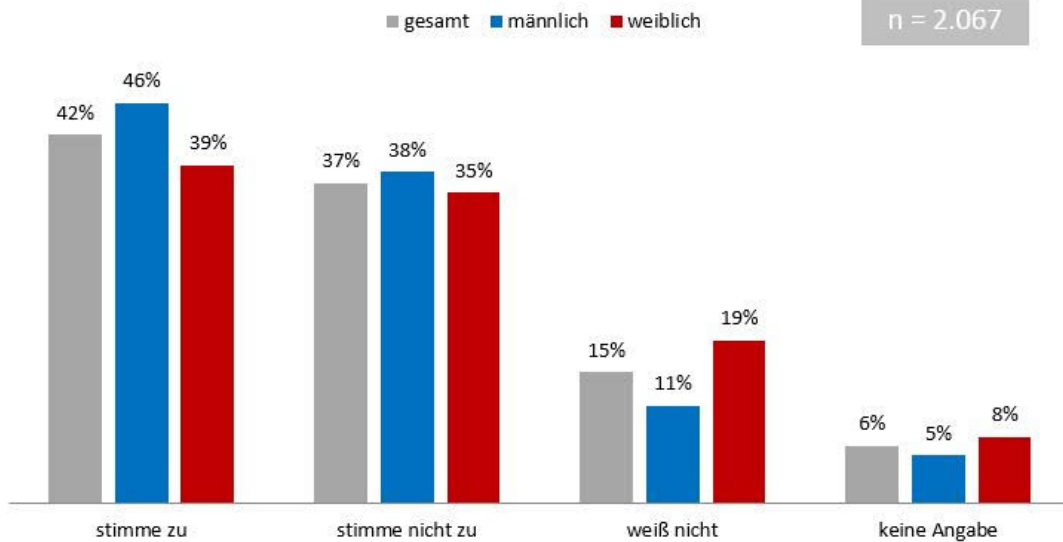
Ich bin für die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens in Deutschland.



Meinen die Befragten, der Bundeswehr sollten aus dem Bundeshaushalt wesentlich mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden, als es derzeit der Fall ist?

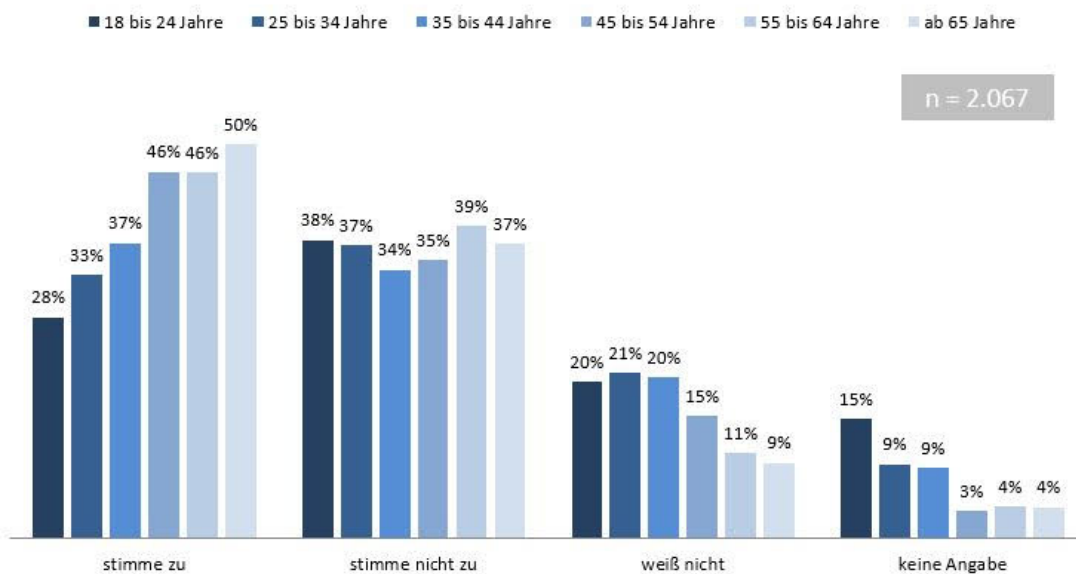
42 Prozent der Befragten stimmen der Aussage zu, für die Bundeswehr sollten deutlich mehr Mittel aus dem Bundeshaushalt zur Verfügung gestellt werden, als es aktuell der Fall ist. Fünf Prozentpunkte weniger stimmen der Aussage hingegen nicht zu (37%). Die Zustimmung ist bei den Männern größer (46%) als bei den Frauen (39%). 16 Prozent der Männer sowie 27 Prozent der Frauen (je kumuliert) wissen keine Antwort oder machen keine Angabe.

Für die Bundeswehr sollten deutlich mehr Mittel aus dem Bundeshaushalt zur Verfügung gestellt werden, als es aktuell der Fall ist.



Während nur 28 Prozent der Befragten im Alter von 18 bis 24 Jahren finden, dass für die Bundeswehr deutlich mehr Mittel aus dem Bundeshaushalt zur Verfügung gestellt werden sollten als derzeit, steigt dieser Anteil mit zunehmendem Alter bis auf 50 Prozent bei den ab 65-Jährigen an. Der Anteil derer, die keine Antwort wissen oder keine Angabe machen, ist bei den 18- bis 24-Jährigen mit 35 Prozent (kumuliert) am größten.

Für die Bundeswehr sollten deutlich mehr Mittel aus dem Bundeshaushalt zur Verfügung gestellt werden, als es aktuell der Fall ist.



Am häufigsten sind die Wähler der CDU/CSU der Meinung, dass der Bundeswehr deutlich mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden sollten (62%). Es folgen die Wähler der AfD (55%), der FDP (47%) und der SPD (46%). Bei diesen vier Parteien überwiegt die Zustimmung die Ablehnung der These. Umgekehrt ist es bei den Wählern der Linkspartei und der Grünen. 63 Prozent der Anhänger der Linkspartei und 58 Prozent der Grünen-Wähler stimmen der Aussage nicht zu.

Für die Bundeswehr sollten deutlich mehr Mittel aus dem Bundeshaushalt zur Verfügung gestellt werden, als es aktuell der Fall ist.

■ CDU/CSU ■ SPD ■ AfD ■ FDP ■ Die Linke ■ Bündnis 90/Die Grünen ■ Sonstige

n = 1.319

